

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 55.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.
Für die Kasse einanderstehende Anzeigen
macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Abtheilungen für Zus. Anzeigen:
Otto Klemm, Unterstadtstr. 22,
Königliche Anzeigenstr. 18, p.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4¹/₂ M.,
incl. Frangiraten 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 M.
mit Postbefreiung 45 M.

Inserate 5 Gg. Zeitzeile 10 M.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abat wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorschuß.

N^o 154.

Sonnabend den 8. Mai 1880.

74. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 9. Mai nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr
geschlossen.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die Entriehstraße auf dem Tracte von dem Gerberthor ab bis zur Poststraße neu zu pflastern und ergibt deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bez. an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beabsichtigte, den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Beischleusen ungesäumt und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßensystems bezüglichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.

Nicht minder werden die Erhöhen unter Verweisung auf unsere Bekanntmachungen vom 2. Jan. 1877 und vom 29. Mai 1879 aufgeführt, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 M. oder der sonst in den gedachten Bekanntmachungen angedrohten Nachtheile die Unterführung der Straße rechtzeitig und spätestens bis zum 30. Mai d. J. zu bewirken.
Leipzig, am 26. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Bangemann.

Bekanntmachung.

Die zum Umbau der Pontatowstraße in der Vestingstraße hier erforderlichen Eisenconstructionsarbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus II. Etage Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Begüliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
"Eisenconstructionsarbeiten der Pontatowstraße betr."
versehen, ebendasselbst und zwar bis zum 30. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 29. April 1880.

Des Rathes Bau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Pflasterarbeiten in der Reichstraße ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.
Leipzig, am 3. Mai 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Bangemann.

Die neben dem Garnisonlazareth gelegene vormalige Reservelazareth-Küche und ein in dieselbe mündender 16 m langer Verbindungsgang sollen auf Abbruch verkauft werden. Kaufsüchtige wollen ihre Angebote versiegelt mit Aufschrift: "Reservelazareth-Küche" bis 10. d. M. Vormittags 11 Uhr an das Garnisonlazareth, wo die Bedingungen ausliegen, einbringen.
Leipzig, am 6. Mai 1880.

Des Königl. Garnisonlazareth.

Der Krieg mit Hamburg.

** Berlin, 6. Mai. Wie wir hören, ist in der letzten Plenarsitzung des Bundesraths deshalb die geschäftsmäßige Behandlung des Antrages Hamburg, betreffend die verfassungsmäßige Zulässigkeit der Einnahme eines Theils der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet ohne Zustimmung des Senats, angehängt worden, weil sich Preußen weigerte, die Sache als Verfassungsfrage zu behandeln. Aus diesem Grunde sind gestern unter dem Vorsitze des Fürsten Bismarck die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Gewerbe zusammengesetzt, um in erster Linie über die geschäftsmäßige Behandlung der beiden Anträge und dann über die Vorschläge schlichtend zu werden, welche dem Plenum des Bundesraths vorzulegen sind. Bis zur Stunde verläuft noch Nichts über diese Beschlässe, aber es geht aus mehr als einer Mittheilung hervor, daß eine Lösung im Sinne der Forderungen Hamburgs und Altonas kaum zu erwarten steht; die bisherigen Vorgänge haben dies zur Genüge dargelegt. Wie wir bestimmt zu wissen glauben, hat der Reichskanzler f. Z. die Forderung Hamburgs abgelehnt, eine Enquete zu veranstalten, welche zu einer Klärung der Angelegenheit führen sollte. Deshalb wird in Bundesraths-Kreisen jetzt wie früher angenommen, daß der Reichskanzler an seinem Entschlusse festhalten wird, demzufolge die Hamburger Anschlussangelegenheit nicht als Verfassungsfrage behandelt werden soll. Dies ist der Kernpunkt der Sachlage und der Bundesrath wird nicht daran zu ändern im Stande sein, weil Fürst Bismarck alle Mittel anwendet, um mit Umgehung der Bundesräthe die betreffenden Regierungen zu beeinflussen. Daß diese Bemühungen zum größten Theile gelungen sein sollen, wird versichert. Es handelt sich hauptsächlich darum, mit Hamburg ein Präjudiz zu schaffen, um zu beweisen, daß die Reservatrechte anderer Bundesstaaten nur so lange bestehen können, als sie sich mit den Sonder-Interessen Preußens vereinigen. Was darüber hinausgeht, wird als unberechtigter Particularismus bezeichnet und so dargelegt, als lehre es sich gegen die Allgemeinheit deutscher Interessen. Auf Grund unserer Information ist anzunehmen, daß die Mehrheit der deutschen Regierungen zwar nicht enthusiastisch von dieser Auslegung der Reservatrechte ist, daß sie es aber nicht für zweckmäßig hält, sich im gegenwärtigen Augenblicke in Opposition gegen die Präsidialregierung zu setzen. Wird doch unterdessen selbst von denjenigen Bundesräthen gedehnt, deren Regierungen vielleicht das nächste Interesse haben, an den Reservaten festzuhalten, daß man sich nicht einer Escra-

fung aussetzen dürfe und nicht verpflichtet sei, des Nachbarn brennendes Haus zu löschen, ehe das eigene gelöscht ist. Freilich wird von diesem oder jenem Bundesrathe erwähnt, daß die Anträge auf weitere Beschränkung oder Abschaffung von Reservatrechten bereits ausgearbeitet und im Laufe der nächsten Session an den Bundesrath gelangen werden. Aber dann glaubt man mit Nachdruck entgegen zu dürfen, daß man dies abwarten müsse. Von geschäftlicher Hand geht über den von den Abgg. Vasker und Richter (Hagen) eingebrachten Antrag betreffend die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Antrages beim Bundesrathe folgende Mittheilung zu: "Daß die Ansicht des Reichstages auf Seiten Hamburgs steht, ist bei der Verhandlung über die Interpellation Wolfson klar genug hervorgetreten. Man kann daher nur darüber in Zweifel sein, ob in dem jetzigen Stadium der Sache eine weitere Einmischung des Reichstages opportun ist, und ob sie die beabsichtigte Wirkung haben kann. Stünde der Schluß des Reichstages nicht so nahe bevor, so würde die Stellungnahme des Bundesrathes zu der Frage unbedenklich abgewartet werden können. Es liegt ja immerhin die Möglichkeit vor, daß der Bundesrath den preussischen Antrag aus eigenem Antrieb ablehnt. Viele halten diesen Ausgang sogar für wahrscheinlich, denn es läßt sich nicht verkennen, daß das Reservatrecht Hamburgs mit den Reservatrechten anderer Bundesstaaten auf gleicher Linie steht, daß also Hamburg im Bundesrathe mächtige natürliche Verbündete haben dürfte. Somit könnte ein Votum des Reichstages leicht gegenstandlos werden und ihm hinterher als unbenutzte Einmischung in Interna der Bundesregierungen zur Last gelegt werden. Auf der anderen Seite ist dem Reichstage die Entscheidung über die Frage ohnehin gesichert. Die Errichtung einer Zollschranke zwischen Hamburg und Altona erfordert in jedem Falle eine nicht geringe Kostensumme, die vom Reichstage bewilligt werden müßte. Es wird auch nach Lage der britischen Verhältnisse nicht möglich sein, etwa mit einer fertigen Thatsache vor den Reichstag zu treten. Ein erheblicher Schaden ist also nicht zu befürchten, wenn der Reichstag die Frage an sich heran kommen läßt. In Reichstagskreisen sind die Meinungen über die Opportunität des Antrages Vasker-Richter mindestens getheilt."

Ueber die in der St. Paulifrage hervorgetretene Stärke der Bewegung bringen Berliner Blätter die folgenden Telegramme aus Hamburg vom Dienstag: "Der Protest der hiesigen Bevölkerung gegen die Einverleibung von St. Pauli

ist heute in acht stattlichen Hefen mit 57,867 Unterschriften an den Bundesrath abgegangen. 6019 Bewohner und Grundbesitzer des südlichen Theiles von St. Pauli haben dem Senate eine gegen die beabsichtigte Einziehung dieses Theiles von St. Pauli in die Zollgrenze gerichtete Eingabe überreicht und gebeten, ihren "Kothschrei" zur Kenntniß des Bundesrathes zu bringen. Eine Eingabe gleichen Inhalts haben heute über 1200 Bewohner von St. Pauli durch Vermittelung des neuen Bürgervereins überreicht. Die Berliner "Post" machte nennlich viel Aufhebens von einer an den Bundesrath gerichteten, angeblich zahlreich unterschriebenen Petition aus Hamburg für den Zollanschluß der ganzen Stadt, in welcher u. A. auch behauptet wurde, von 23,000 stimmberechtigten Bürgern wären 11,800 bei den letzten hiesigen Wahlen ausgeschlossen gewesen, weil sie die Steuern nicht rechtzeitig bezahlt hätten. Diese Angabe ist völlig erfunden; 19,807 Wähler sind zur Wahl zugelassen, von diesen erschienen wirklich 69,3 Procent. Obige Petition lag nirgends öffentlich aus, ist nur privatim von einigen Jünglern colportirt, die Angabe wegen zahlreicher Unterschriften muß entschieden bezweifelt werden." — "Die Bürgergeschafte genehmigte in der heutigen Sitzung mit allen gegen eine Stimme den Antrag, worin sie der Rechtsverwahrung des Senates gegen Einverleibung eines Theiles von St. Pauli in das Zollgebiet ohne Zustimmung Hamburgs sich anschließt und den Senat ihres vollen Vertrauens zu seiner ferneren Vertheidigung des Rechtes versichert. In den gehaltenen Reden wurden namentlich Worte: daß man von den schlecht berichteten Mächtigen appelliren wolle an den besser zu unterrichtenden, sowie daß jeder Deutsche feste Hoffnung hege, des Reiches Recht werde dem Rechte jedes Reichsangehörigen zum Schutze dienen, lebhaft applaudirt."

Politische Uebersicht.

Leipzig, 7. Mai.

Die interessantesten Mittheilungen, welche der Reichskanzler gelegentlich seiner parlamentarischen Soirée machte, bilden andauernd den politischen Unterhaltungstoff innerhalb und außerhalb des Reichstages. "Wir sind in der Lage" — so schreibt man uns aus Berlin — "die Kundgebungen des Fürsten Bismarck durch einige Details zu ergänzen, welche er im Gespräch mit einem hervorragenden liberalen Abgeordneten fallen ließ. In dem glücklichen Erfolge der Wiener Septembermission begründet, äußerte der Reichskanzler, daß er vom Standpunkte seiner angegriffenen Gesundheit aus das

Erdenkliche an persönlicher Mithewaltung und Aufopferung zu leisten gehabt habe. Nicht bloß in Wien, sondern auch in Berlin seien Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, deren er allein kaum Herr geworden wäre. In Berlin hätten ihn gewichtige Einflüsse unterstützt, während in Wien Graf Andrássy mit seinem ganzem staatsmännischen Talent und im Eifer für die Einigung Deutschlands und Oesterreichs zur Seite trat. In Bezug auf die innerdeutschen Angelegenheiten glaubte der Fürst nicht verhehlen zu sollen, daß sich in jüngster Zeit ein gewisser Particularismus seitens einzelner Bundesstaaten fühlbar mache. Die Hamburger Angelegenheit habe in dieser Richtung eine Nervosität hervorgerufen, die ihm nicht ganz verständlich erscheine. Es handle sich beim Antrag Preußens wegen Einverleibung Altonas und St. Paulis doch nicht um ein unbedeutendes Decret, sondern um einen Vorschlag, über den der Bundesrath selbstständig zu befinden und zu beschließen habe. Aus dem gegenwärtigen Zustande, den die Reservatrechte geschaffen, müsse man heraustrücken. Preußen habe Pflichten gegen Altona, die es zwingen, trotz entgegenstehender Schwierigkeiten in der Anschlußfrage vorzugehen. Der Bundesrath habe darüber zu befinden, wie dies formell und thatsächlich durchzuführen sei."

Die vielgenannte Soirée bei dem Reichskanzler ist eine geradezu unerhörte Fundgrube für pikante bon-mots und geflügelte Worte des Fürsten Bismarck geworden. Aus den zahllosen Verichten heben wir noch Folgendes hervor: In einer Besprechung mit Herrn Bernards, einem Mitgliede des Centrums, besichtigte der Fürst, daß er den besten Willen habe, den Kampf abzuschließen; aber er müsse doch von gegnerischer Seite thatsächliche Beweise für denselben guten Willen abwarten. Man verspreche und verspreche, aber es geschehe Nichts; und doch lasse sich ein modus vivendi nur auf dem Boden sachlicher Zugeständnisse finden. Mit dem steten Zuzug und Zurücknehmen komme man nicht vom Fleck. Er sprach offen von der Absicht der Regierung, unter Umständen sich vom Landtag in der Nachsession eine discretionary Gewalt einräumen zu lassen, um die Waage zu mild zu handhaben oder ganz ruhen zu lassen. Für immer aufgeben dürfte man die kirchenpolitischen Gesetze nicht. "Wir wollen", sagte er, "die Waffen auf dem Feldboden niederlegen, aber wir wollen sie nicht weggeben. Wir glauben, daß wir jetzt Frieden erhalten werden, aber die Zeit kann schnell wieder da sein, wo wir die Waffen zur Hand nehmen müssen". Als der Abg. Böll scherzhaft bemerkte, daß, wenn er an Stelle des preussischen Landtags wäre, er lieber